

JUNI 2007

Ausgabe 7
16. Legislatur



Liebe Freundinnen und Freunde,

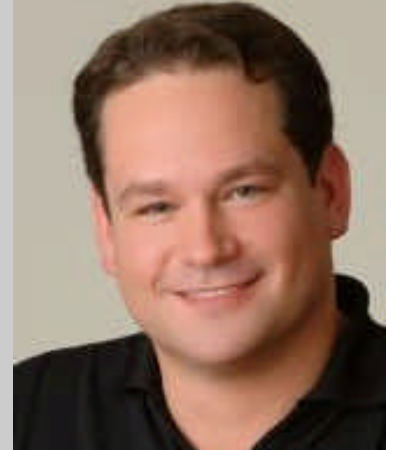
zwei Schritte vorwärts, drei zurück— diese Gangart ist bezeichnend für die Bewegungsrichtung der großen Koalition. Thematisch läuft wenig überzeugendes, aber das laute Sommertheater ist vorprogrammiert.

Dass es auch anders geht zeigen die Grünen in Bremen. Nach den abgeschlossenen rot-grünen Koalitionsverhandlungen werden zwei Grüne im Senat der Bremer Bürgerschaft die Finanzen und den Bereich Umwelt, Bau & Stadtentwicklung verantworten. Das Wahlergebnis von 16,5 % war ein wichtiger Hinweis: es zeigt dass die „grünen Themen“ wie Energie und Klima bei den Menschen auf offene Ohren stoßen. Umso wichtiger, dass wir sie offensiv ansprechen!

Bevor die parlamentarische Sommerpause beginnt, geben wir euch mit diesem Südwestgrün den gewohnten Einblick in die grüne Parlamentsarbeit - mit aktuellen Berichten aus den Ausschüssen und den Themen im Bundestag.

Viel Freude beim Lesen und euch allen einen schönen Sommer!

Euer Alex Bonde
Vorsitzender der Landesgruppe Baden-Württemberg



Bundestagsfraktion

Kerstin Andreae	S. 2
Biggi Bender	S. 4
Alex Bonde	S. 6
Uschi Eid	S. 8
Sylvia Kotting-Uhl & Winne Hermann	S. 10-13
Fritz Kuhn	S. 14
Gerhard Schick	S. 16
Impressum	S. 18

Kerstin Andreae

Stadtwerke beleben den Wettbewerb auf dem Strommarkt

Fehlender Wettbewerb auf dem Energiemarkt

Vor zehn Jahren wurde der Grundstein für die Liberalisierung der Energiewirtschaft gelegt. Durch mehr Wettbewerb und damit mehr Anbieter sollte eine effiziente Versorgung und sinkende Preise für Industrie und Endkunden erreicht werden. Die Bilanz ist ernüchternd. In den letzten Jahren ist es sowohl im Netzbetrieb als auch bei Stromerzeugung und Gasbeschaffung zu einer enormen Marktkonzentration gekommen. Wirksamer Klimaschutz findet in der konventionellen Energiewirtschaft nicht statt. Die Zahl der Beschäftigten ist stark nach unten gegangen. Trotzdem ist der Preis für Strom und Gas heute höher als vor der Liberalisierung.

Heute beherrscht ein Oligopol aus RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW den Energiemarkt. Sie beherrschen 90% der Stromerzeugung: sie betreiben das gesamte Transportnetz und kontrollieren die grenzübergreifenden Kuppelstellen, sie haben über zahlreiche Beteiligungen bei Stadtwerken einen nicht zu vernachlässigenden Anteil auf der Verteilnetzebene und im Endkundengeschäft und sie dominieren den Regelenergiemarkt. Mit ihrer Marktmacht haben sie den Wettbewerb stets

Wirkungsvoll ausgebremst. Um den Wettbewerb auf dem Energiemarkt zu stärken und damit einen wichtigen Impuls für eine konsequente Energie-

wende zu geben, fordern wir daher eine wirkungsvolle Entflechtung von Netz und Betrieb auf der Transportnetzebene. Sollte dies nicht ausreichen, fordern wir eine eigentumsrechtliche Zerschlagung der Stromkonzerne.

Stadtwerke unter Effizienzdruck

Stadtwerke dominieren die Verteilnetzebene. Hier ist das Missbrauchspotenzial aber deutlich geringer als bei den Energieriesen. Viele Verteilnetzbetreiber verfügen bislang kaum über Erzeugungskapazitäten. Sie sind von der Preisgestaltung des Stromoligopols abhängig. Der Effizienzdruck im Netzbetrieb, den die Regulierungsbehörde auf Grundlage des EnWG erzeugt, stellt gerade kleine, meist kommunale Unternehmen vor besondere Herausforderungen. Ab einer bestimmten Größe haben kleine Betriebe es schwer, den Spagat zwischen aktuellen Entflechtungsvorgaben und dem Rationalisierungsdruck durch sinkende Einnahmen bei den Netzentgelten zu vollziehen. Die Folgen für die Kommunen könnten gravierend sein.



Mitglied
Wirtschaftsausschuss

Mehreinnahmen aus der Energiewirtschaft dienen vielfach der Finanzierung defizitärer Sparten wie dem kommunalen Nahverkehr. Ohne Stadtwerke könnte damit schon bald Schluss sein.

Mit dem aktuellen Entwurf einer Rechtsverordnung über die Anreizregulierung der Energieversorgungsnetze, der noch diesen Monat durchs Kabinett soll, wird dieser Druck noch steigen. Die Anreizregulierung soll für einen effizienteren Betrieb der Strom- und Gasversorgungsnetze sorgen. Zukünftig sollen den Netzbetreibern Obergrenzen für ihre Erlöse vorgegeben werden, die auf Grundlage eines bundesweiten Effizienzvergleichs ermittelt werden. Die weniger effizienten Netzbetreiber erhalten zehn Jahre Zeit, die Effizienzvorgaben zu erfüllen. Für kleinere Unternehmen soll ein vereinfachtes Verfahren gelten, das diese Unternehmen von Bürokratiekosten entlasten soll.

Bündnis 90/Die Grünen begrüßen die Zielrichtung der neuen Rechtsverordnung über die Anreizregulierung der Energieversorgungsnetze. Die Netzentgelte in Deutschland sind die höchsten in Europa. Der Verbraucher hat Anspruch auf eine Rationalisierung des Netzbetriebes und damit auf faire Preise.

Der Effizienzwettbewerb muss aber auch für kleine Unternehmen und Stadtwerke eine Perspektive bieten.

Stadtwerke stärken

Um die beherrschende Marktkonzentration der großen Vier zu brechen, braucht es sowohl auf der Erzeugungs- wie auf der Verteilerebene starke und effiziente Stadtwerke. Damit die Vorgaben der Verordnung über die Anreizregulierung die Stadtwerke nicht überfordert, schlagen wir vor, die Effizienzanforderungen moderat zu senken, ohne dabei das Ziel effizienter Stadtwerke aus dem Auge zu verlieren. Die Anreizregulierung darf nicht zu einem großen Stadtwerkesterben führen. Dies würde letztlich ein Eigentor für den Wettbewerb bedeuten.

Ein Mittel, die Stadtwerke für den Effizienzwettbewerb zu stärken, ist, einen Teil der Netzerlöse den Stadtwerken für Maßnahmen zur Effizienzsteigerung zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus wollen wir die Stadtwerke ermutigen, wieder stärker die Möglichkeiten der Stromerzeugung und des NetZRückkaufes zu nutzen. Profilieren könnten sich die Stadtwerke insbesondere bei der Produktion sauberen Stroms aus erneuerbaren Energien. Schließlich bieten Zusammenschlüsse, überregionale Kooperation und die Erschließung neuer Geschäftsfelder auf dem Energiemarkt wichtige Voraussetzungen, um im Wettbewerb bestehen zu können. Dem stehen in vielen Bundesländern aber Gemeindegrenzschaffungsordnungen entgegen, die den wirtschaftlichen Betrieb von Stadtwerken über die Gemeindegrenzen hinaus stark einschränken. Dies halten wir für falsch.

Biggi Bender

Grundeinkommen oder Grundsicherung - diese Debatte bewegt die Grünen quer durch alle Richtungen

Im Internet, auf dem Workshop Ende April und auf dem kommenden Landesausschuss Ende Juni diskutieren wir in Baden - Württemberg über die richtigen Wege, gesellschaftliche und soziale Ausgrenzung zu verhindern. Die Sorge vor einem ökonomischen Abstieg und daraus resultierenden Ausgrenzungen ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Angefragt wird, ob unserer Sozialstaat noch angemessen und leistungsfähig ist, weiterentwickelt oder grundsätzlich umgebaut werden soll. Auch auf der Bundesebene laufen die Diskussionsprozesse. Sowohl in der Partei als auch in der Bundestagsfraktion bestehen Arbeitsgruppen. In der Fraktions-AG Grundsicherung sind Fritz Kuhn und ich aus Baden-Württemberg vertreten.

Das bedingungslose Grundeinkommen besticht auf den ersten Blick durch seine klare Botschaft: JedeR erhält ohne großen Verwaltungsaufwand das zum guten Leben notwendige Einkommen. Auf den zweiten und dritten Blick zeigt sich dann, dass die vorgeschlagenen Modelle dieses Versprechen entweder nicht einlösen, oder nicht finanzierbar sind. Manche wollen gar radikal alle Schutzstandards im Arbeitsmarkt wegfegen.

Sind die bestehenden Sozialen Sicherungssysteme überflüssig?

Die großen Lebensrisiken lassen sich nicht mit einem Einheitsbetrag für alle absichern.

Schon gar nicht sofort. Eine Grundrente als Sockel kann man wollen. Als Alternative zur Rente aber gilt: Die Rentenversicherung kann nicht über Nacht abgeschafft werden. Es bestehen individuell erworbene Ansprüche der Versicherten, die über viele Jahrzehnte bedient werden müssen. Auf eine Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung kann ebenso wenig wie auf die Eingliederungshilfe für Behinderte verzichtet werden. Die regional sehr unterschiedlichen Wohnkosten lassen sich nicht in ein einheitliches Grundeinkommen integrieren. Die Abschaffung der Arbeitslosenversicherung dürfte nicht vermittelbar sein. Die Kritik an Hartz IV entzündete sich ja gerade auch daran, dass zu wenig berücksichtigt werde, ob und wie lange arbeitslose Frauen und Männer davor beschäftigt waren. Unstrittig ist für uns Grüne, dass eine aktive Arbeitsmarktpolitik, Investitionen in (Aus)Bildung und Infrastruktur im Bereich Kindererziehung unabdingbar sind.

Selbstbestimmung und Solidarität

Wir wollen Selbstbestimmung und Solidarität; Solidarität gilt den Schwächsten der Gesellschaft. Notwendig sind Existenzsicherung und Teilhabegarantie. Der Staat soll mehr sein als eine Geldverteilungsmaschinerie. Die Menschen müssen bei der Entfaltung ihrer Potenziale unterstützt werden.



Mitglied Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Das verstehe ich unter Grundsicherung. Statt mit der „Gießkanne“ alle zu versorgen, gehen Geld und Ressourcen in besondere Lebenslagen. Wenn alle das gleiche bekommen, führt dies nicht zu mehr Gerechtigkeit – da Menschen verschieden sind und auch in unterschiedlichen Situationen stecken. Ich sehe die Gefahr, dass diejenigen, die einkommensarm und dabei nicht schon gebildet und „empowered“ also selbstbewusst, aktiv und artikulationsfähig sind, also diejenigen die wirklich Unterstützung brauchen, beim Grundeinkommen unter die Räder geraten.

Grundeinkommen verhindert Armut nicht

Selbst materielle Besserstellung von Armen ist oft nicht das Ziel. Bei Emmler/Poreski müssen weitere Leistungen finanziert und beantragt werden. Bei Althaus verschlechtert sich die Situation von Erwachsenen und Kindern, die auf ALG II angewiesen sind. Regelsatz plus Wohngeld liegen in der Regel höher als das vorgeschlagene Grundeinkommen. Götz Werner verspricht Wolkenkuckuckseier, will alle direkten Steuern abschaffen und braucht dann über 100% Mehrwertsteuer um allein das Grundeinkommen zu finanzieren.

Grundeinkommen als Bemäntelung eines sozialpolitischen Kahlschlags

Der Blick auf das vom HWWA (Hamburgerisches Welt-Wirtschafts-Archiv – Herr Straubhaar) vorgelegte Modell sollte nachdenklich machen.

„Das Konzept des Grundeinkommens liefert eine radikale Alternative Seine Eckpunkte sind: ...

- ... Gesetzliche Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- oder Pflegeversicherung verschwinden genauso wie Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe,

Wohn- und Kindergeld.

- Ebenso werden alle sozialpolitisch motivierten Regulierungen des Arbeitsmarktes gestrichen. Es gibt keinen Schutz gegen Kündigungen mehr, dafür aber betrieblich vereinbarte Abfindungsregelungen. Es gibt keinen Flächentarifvertrag mehr und auch keine Mindestlöhne, sondern von Betrieb zu Betrieb frei verhandelbare Löhne. Es gibt keine Sozialklauseln mehr. Die heute zu leistenden Abgaben an die Sozialversicherungen entfallen vollständig.“

Sozialstaat ade. Stattdessen erhält man/frau 600 € bzw. 800 € jeweils minus 200 € Kopfpauschale für die (private) Krankenversicherung. Ist das eine Vision von sozialer Gerechtigkeit? Früher hätten wir so was alle zusammen als neoliberales Kahlschlagkonzept bezeichnet. Und heute?

Diese und weitere Fragen, wie z.B. die Europauglichkeit der Vorschläge, werden wir – vor Ort in Baden-Württemberg und in Berlin - in den kommenden Wochen und Monaten weiter kontrovers diskutieren. Eine „Modularisierung“ des Grundeinkommens, wie von Gerhard Schick u.a. vorgeschlagen, würde zwar die Einführung erleichtern, ändert aber nichts an den Grundproblemen der Idee Grundeinkommen. Diskussionswürdig scheint mir jedoch die Idee einer bedarfsunabhängigen Kindergrundsicherung. Kinder können nicht für sich selbst sorgen und sollten uns alle gleichviel wert sein.

Ich freue mich darauf, mit Euch an den unterschiedlichsten Orten über den richtigen Weg, wie soziale und gesellschaftliche Ausgrenzung verhindert werden kann, zu diskutieren.
Eure Biggi Bender

Alex Bonde

Zukunft für den Haushalt!


Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist seit geraumer Zeit eines der wichtigsten Themen auf der politischen Agenda der Bundes- und Länderregierungen.

Doch die konjunkturell schwierige Lage und die schlechte Einnahmensituation machten in den vergangenen Jahren einen wirksamen Schuldenabbau kaum möglich. Erst die günstig verlaufende Konjunktur und die daraus resultierenden steigenden Mehreinnahmen des Bundes eröffneten eine Chance zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und zum Schuldenabbau. Der konjunkturelle Aufschwung hinterließ jedoch auch den trügerischen Eindruck, dass es mit den öffentlichen Haushalten nun wieder zum Besten steht.

Mit den steigenden Einnahmen wachsen auch die Begehrlichkeiten – nicht nur in der großen Koalition. Gleichzeitig sinkt die Bereitschaft, den Schuldenabbau konsequent fortzuführen. Es ist deshalb abzusehen, dass das Thema Schuldenabbau in seiner Bedeutung wieder in den Hintergrund rücken wird.

Schon jetzt bekommt man in Haushaltsausschuss oft den Eindruck, dass Reduzierung der Neuverschuldung nur deshalb passiert, weil die Steuereinnahmen schneller steigen, als sich die Koalition auf neue Ausgaben verständigen kann.

Doch nicht allein der politische Wille ist es, der das Thema Haushaltskonsolidierung in der Vergangenheit so schwierig machte.



Die vorhandenen haushaltsrechtlichen Strukturen haben ein konsequenteres Vorgehen nicht zugelassen. Man muss sich fragen, wie es geschehen konnte, dass es trotz eines gesetzlichen Rahmens, der die Verschuldung in Grenzen halten sollte, möglich war, in den vergangenen fünf Jahrzehnten eine Schuldenlast des Bundes anzuhäufen, die sich auf sage und schreibe 916 Milliarden summiert. Zum Vergleich: Der Bundeshaushalt 2007 umfasst eine Summe von 257 Mrd. Euro. Für eine Verschuldung in dieser Größenordnung zahlen die Steuerzahler jährlich 39 Mrd. Euro für die daraus resultierenden Zinsverpflichtungen des Bundeshaushaltes. Und das mit steigender Tendenz, denn bis zum Einstieg in eine Schuldentilgung ist es noch ein sehr langer Weg. Eine beträchtliche Summe, die wir sehr viel dringender für Zukunftsinvestitionen in Bildung, Kinderbetreuung und den Klimaschutz ausgeben sollten.

Mitglied Haushalts- und Verteidigungsausschuss

Die im Art. 115 des Grundgesetzes verankerten Schranken für die Nettokreditaufnahme des Bundes hat einen massiven Anstieg der Schuldenstandsquote in den vergangenen zehn Jahren nicht verhindern können.

Vielmehr hat sich eine Spirale entwickelt, da die Schuldenentwicklung unabhängig vom Wirtschaftswachstum gestiegen ist.

Seit dem 1967 erlassenen „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ hat der Bund kaum einen ausgeglichenen Haushalt beschlossen. Damit wurde das Ziel des Gesetzes verfehlt, antizyklische Haushaltspolitik zu fördern.

Deshalb war und bleibt es das Ziel grüner Haushaltspolitik, das Problem an der Wurzel anzupacken und eine Neuausrichtung der gesetzlichen Rahmenbedingungen zu erreichen. Konkret brauchen wir eine Ausgabenregel, die die Ausgaben an die Entwicklung der Einnahmen bindet, um eine wirksamere Verschuldungsbegrenzung zu etablieren.

Mit dem Zukunftshaushaltsgesetz und Zukunftshaushaltsbegleitgesetz, die der Fraktion zur Abstimmung vorgelegt wurden, wollen wir Grüne ein Instrumentarium schaffen, mit dem es möglich ist, eine zukunftsfähige Haushaltspolitik zu betreiben. Die Einführung einer Schuldenbremse, die Neufassung des Investitionsbegriffs sowie eine verbindlichere Finanzplanung bilden die Basis der von uns vorgeschlagenen Modernisierung der gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Haushaltspolitik.

Anhand dieser Instrumente kann die zunehmende Verschuldung gebremst und schließlich gestoppt werden. Die so genannte Schuldenbremse begrenzt wirksam die Verschuldung und eröffnet dennoch die notwendigen Spielräume für Investitionen und konjunktursensibles Handeln.

So sollen in konjunkturell guten Zeiten Haushaltsüberschüsse erwirtschaftet werden.

In konjunkturell schlechten Zeiten sind antizyklisch wirkende Haushaltsdefizite zulässig. Über einen Konjunkturzyklus betrachtet ergeben sich so ausgeglichene Haushalte.

Außerdem ermöglicht die Schuldenbremse ein transparenteres Verfahren der Haushaltsaufstellung, weil die Ausgaben sich an den Einnahmen orientieren. Dadurch müssen beispielsweise auch die Fachressorts ihre Finanzbedarfe anpassen. Bisher wird hier ganz umgekehrt verfahren: Fachressorts bestimmen über die Ausgabenhöhe mit über ihre Bedarfsanmeldungen.

Zur Umsetzung dieser Gesetzesentwürfe gehören eine Reihe weiterer Veränderungen an den Artikeln des Grundgesetzes 109 und 115 sowie am Haushaltsgrundsätzegesetz, der Bundeshaushaltsordnung und dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft.

Die beiden Gesetzesentwürfe sind auf www.alexanderbonde zu finden und nachzulesen.

Mit dem Zukunftshaushaltsgesetz und dem Zukunftshaushaltsbegleitgesetz schaffen wir Grünen eine solide Grundlage, um mit Blick auf nachfolgende Generationen der Staatsverschuldung verantwortungsvoll begegnen zu können und künftigen Generationen Handlungs- und Investitionsspielraum zu ermöglichen.

Uschi Eid

Minigipfel zwischen deutschen und schweizer Grünen

6. „Grenzenlos Grün Forum“ am Samstag, den 9. Juni 2007 in Basel

Es ist bereits zur Tradition geworden: das deutsch-schweizerische Forum „Grenzenlos Grün“, das sich Anfang Juni in Basel zum sechsten Mal traf, um gemeinsame grenzüberschreitende Themen und Probleme miteinander zu erörtern. Da im kommenden Oktober Wahlen zum Nationalrat anstehen, in deren Vorfeld die Schweizer Grünen deutlichen Aufwind verspüren, zudem in der Schweiz seit einigen Monaten eine von der Atomlobby losgetretene Diskussion um den Neubau von Atomkraftwerken schwelt, lag das Schwerpunktthema auf der Hand: „Atomkraft ist kein Klimaschutz!“

Ruth Genner, die Präsidentin der Grünen Partei der Schweiz, und ich als zuständige Abgeordnete des Wahlkreises Waldshut haben – anknüpfend an bestehende politische Kontakte zwischen den Grünen im Kantonsrat Aargau und der grünen Kreistagsfraktion Waldshut – 2003 ein Forum der Begegnung und des Austausches geschaffen, und dies aus zwei Gründen. Als Grüne in Deutschland und in der Schweiz bewegen wir uns trotz gleicher politischer Anliegen in durchaus unterschiedlichen politischen Kulturen.

Und noch allzu oft wissen wir nicht oder nur sehr bruchstückhaft, was unsere jeweiligen Nachbarn in ihren öffentlichen

Diskussionen gerade beschäftigt und umtreibt. Das sollte geändert werden. Auf der anderen Seite gibt es drängende grenzüberschreitende Probleme wie z.B. die Lärmbelästigung durch den Flughafen Zürich/Kloten, mit denen wir uns auf den Tagungen der letzten Jahre befasst haben. „Grenzenlos Grün“ ist somit in kurzer Zeit ein Diskussionsforum geworden, an dem Vertreter aller kommunalen und parlamentarischen Ebenen aus den Kreisverbänden und Kantonen beiderseits der deutsch-schweizerischen Grenze regelmäßig Informationen und Erfahrungen austauschen, politische Positionen und Initiativen abstimmen und formulieren.

Diesmal, in Basel, ging es angesichts der schmelzenden Gletscher in den Alpen, der merklich zurückgegangenen Niederschläge im letzten Winterhalbjahr und der damit einhergehenden historischen Tiefstände von gemeinsamen Flüssen und Seen um Klimaschutz. Hohe Symbolkraft hatte Basel als Ort der Tagung: zum einen ist der Kanton Basel-Stadt durch politischen Beschluss atomstromfrei und verfolgt aktiv die Umsetzung



Mitglied Auswärtiger Ausschuss

energiepolitischer Alternativen, wie uns der Grüne Regierungsvizepräsident und Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, Guy Morin, in seinen Ausführungen darlegte. Zum anderen wählten wir Basel, um daran zu erinnern, dass vor seinen Toren durch den grenzüberschreitenden Widerstand der betroffenen Menschen in Frankreich, Deutschland und der Schweiz die Atomkraftwerke Kaiseraugst und Whyll verhindert worden sind. Was seither von den deutschen Grünen an energiepolitischen neuen Weichenstellungen bewerkstelligt werden konnte – angefangen vom Atomausstieg über das erneuerbare Energiegesetz bis hin zu kommunalpolitischen Aktivitäten wie die Kunden-Werbe-Kampagne für Alternativstrom vom Kreisverband Esslingen –, wurde von der baden-württembergischen Landesvorsitzenden Petra Selg dargelegt. Rebecca Harms, Grüne Europaabgeordnete aus Niedersachsen, widerlegte mit überzeugenden Fakten die von der Atomlobby allseits bemühte These von der „Renaissance“ der Atomkraft.

Josef Pesch von der fesa GmbH in Freiburg i.Br. gab beeindruckende Beispiele von gelungenen kommunalen Projekten mit Wind- und Solarenergie sowie Wasserkraft und berichtete von Gemeinden wie z.B. Freiamt in Baden-Württemberg, einem 4.500 Seelendorf, das heute schon Energie exportiert. Er belegte sehr anschaulich die These, dass der Einstieg in die erneuerbare Energie gelungen sei. Jörg Buri, Geschäftsführer der Schweizer Energienstiftung stellte anhand von konkreten Beispielen für Energieeffizienzsteigerung dar, dass damit in der Schweiz sechs AKWs eingespart werden könnten.

Auf der Grundlage eines sehr interessanten Informationsaustausches kamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu folgenden Ergebnissen: Wir werden alle politischen Mittel einsetzen, um eine Verlängerung der Atomkraftnutzung oder gar deren Ausbau zu verhindern. Die Atomkonzerne sollten sich im Klaren darüber sein, dass darüber hinaus jegliche Pläne zum Bau von AKWs grenzüberschreitenden Widerstand wachrufen werden. Die Schweizer Grünen planen für den kommenden 8. September eine sogenannte „Weckaktion“ auf dem Bundesplatz in Bern, eine große nationale Demonstration, um die Bürgerinnen und Bürger aufzuwecken und sich nicht einlullen zu lassen von den Behauptungen, dass Atomenergie Klimaschutz sei. Die deutschen Grünen werden diese Aktion solidarisch unterstützen.

Der Widerstand gegen Atom ist von der gegenwärtigen Klimaschutzkampagne unabhängig, denn Atomkraft ist lebensgefährlich und die Endlagerung der Mülls nicht geklärt und belastet Generationen auf Tausende von Jahren. Die enormen Wertschöpfungsmöglichkeiten durch dezentrale Energieherstellung und die Förderung energieeffizienter Technologien und entsprechende Renovierungsmaßnahmen sollten in der Grünen Öffentlichkeitsarbeit stärker hervorgehoben werden.

Klimaschutz und Energiewende erfordern auch Veränderungen im eigenen Lebensstil. Diese sollten jedoch nicht Verzicht und Askesse bedeuten, sondern als Verbesserung der Lebensqualität gesehen werden.



Mitglied Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Sylvia Kotting-Uhl Winne Hermann

Energie 2.0 Der grüne Ausweg aus der Klimakatastrophe

Seit den neusten Berichten des UN-Weltklimarates IPCC über den drohenden

Klimawandel vor wenigen Monaten hält niemand mehr den Grünen Schwarzmalerei vor. Die internationale Klimawissenschaft hat bestätigt, dass wir mit unseren Argumenten der letzten Jahre richtig lagen. Hätte eine Koalition der Unwilligen aus mächtigen Umweltverschmutzern nicht Druck auf die Formulierungen der Wissenschaftler ausgeübt, wären manche Warnungen noch deutlicher ausgefallen.

Die Aufgabe, die es zu lösen gilt, ist klar: Die Industriestaaten müssen bis 2050 ihre CO₂-Emissionen um 80 Prozent gegenüber 1990 reduzieren („*ernsthaft in Betracht ziehen*“ wie es die G8-Regierungschefs lediglich wollen, reicht nicht). Bis 2020 muss der Ausstoß des Klimakillers in Deutschland um 40 Prozent verringert werden.

Täuschen wir uns nicht, das sind gewaltige Zahlen. 1990 emittierte Deutschland 1030 Mio. Tonnen CO₂. Eine Reduktion um 40 Prozent entspricht einer CO₂ – Einsparung von 412 Tonnen. Zwischen 1990 und 2005 wurde der Ausstoß gerade mal um 164 Mio. Tonnen verringert – wovon ein großer Teil auf den Zusammenbruch der DDR-Industrie zurückgeht. Bis 2020 müssen also noch 248 Tonnen eingespart werden.



Mitglied Sport- und Verkehrsausschuss

Ohne wirklichen Veränderungswillen wird das nicht gehen. Ein solches Ziel

kann nur erreicht werden, wenn wir bereit sind, unser Leben und Wirtschaften ziemlich grundlegend zu verändern.

Die Bundesregierung hat das bisher nicht verstanden. Umweltminister Gabriel verkämpfte sich in den letzten Monaten noch, um beim Emissionshandel gegen die Pläne der EU mehr Verschmutzungsrechte für die deutsche Industrie herauszuschlagen. Als er damit nicht durchkam, versuchte er noch einige Privilegien für die Braunkohle in den Nationalen Allokationsplan einzubringen, um seine Kohlelobbyisten zu befriedigen. Klimaschutzanstrengungen sehen anders aus.

Mit dem Konzept **Energie 2.0 – Die grünen Maßnahmen bis 2020** legt die Bundestagsfraktion ein umfangreiches Maßnahmenpaket zum Klimaschutz vor. Ziel ist die Begrenzung der Erderwärmung auf 2 Grad. Das Energiekonzept umfasst alle Energiesektoren: Strom, Wärme und Verkehr. Für alle Bereiche liegt die Zukunft in den drei großen E: **E**nergieeffizienz, **E**rneuerbare Energien und **E**nergieeinsparung.

Strom und Wärme

In die von Gabriel aufgemachte Falle „Kohle oder Atom“ gehen wir nicht. Die Behauptung, dass ohne den Wiedereinstieg in die Atomkraft die Klimaschutzziele nicht erreicht werden können, wird dadurch nicht intelligenter, dass sie von den Atomlobbyisten aus CDU oder FDP reflexartig abgerufen wird, wann immer man auf die Energieversorgung der nächsten Jahre zu sprechen kommt.

Rot-Grün hat mit dem Atomausstieg und der Förderung der Erneuerbaren Energien die Tür für die nötige Energiewende bereits geöffnet. Genauso ideologisch wie die angebliche CO₂-Freiheit der Atomenergie ist auf der anderen Seite das angeblich CO₂-freie Kraftwerk, dessen Kohlendioxid abgeschieden und unterirdisch gelagert wird.

Unsere Linie: Wir wollen ein Moratorium: Kein Neubau eines Kohlekraftwerks, solange die CO₂-Abscheidung und –Lagerung technisch nicht funktioniert und ökologisch vertretbar ist. Bis 2020 ist damit nicht zu rechnen. Mit dem grünen Maßnahmenpaket *Energie 2.0* liegt nun ein gleichzeitig mutiger und seriöser Vorschlag vor, der ohne Atom und neue Kohle die Energieversorgung sichert. Anders als die Energiekonzerne, die weiter auf die Verbrennung fossiler Energieträger bauen, setzen wir auf die drei großen E.

Die wichtigsten Ziele und Instrumente in den Bereichen Strom und Wärme:

- In der Stromerzeugung wollen wir u.a. mit einem Effizienzpaket aus einem großzügigen Stromsparmehrsparfonds, einer Dynamisierung von Standards mittels des „Top Runner - Ansatzes“, bessere Kennzeichnungen und Energieaudits 45 bis 65 Mio. Tonnen CO₂ einsparen.

- Mit einer Optimierung des *Erneuerbare Energien Gesetzes*, einem Marktanzreizprogramm, einem Biogaseinspeisegesetz und anderen Maßnahmen sollen Solar-, Wind- und Wasserenergie sowie eine nachhaltige Biomassenutzung und Erdwärmennutzung so ausgebaut werden, dass bis zum Jahr 2020 der Anteil der Erneuerbaren von jetzt 10 Prozent auf 43 % steigt und 70 bis 85 Mio. Tonnen CO₂ eingespart werden.

- Für Erneuerbare Energien wird ein Importkonzept entwickelt, mit dem die als Kooperationsangebot für Drittländer auf Grundlage klarer Nachhaltigkeitskriterien die bisherigen Stromimporte aus fossilen und atomaren Quellenersetzt werden sollen.

- Im Bereich der Wärmenutzung wird v. a. über Gebäudesanierung 30 bis 35 Mio. Tonnen CO₂ vermieden.

- Eine riesige Menge CO₂ (85 bis 95 Mio. Tonnen) lässt sich durch ein Erneuerbare - Wärme – Gesetz sowie die Ausweitung der Kraft-Wärme-Kopplung einsparen.

- Durch Verbesserungen im Emissionshandel, durch die Weiterentwicklung einer ökologischen Finanzreform und durch eine Forschungsoffensive in den genannten Bereichen kann die Wirksamkeit der genannten Maßnahmen gewährleistet und verbessert werden.

Wir Grünen freuen uns jetzt auf die zu erwartende heftige Reaktion der Anhänger des fossilen Zeitalters. Energiewende heißt auch, die zentralistische Struktur der bisherigen Energieversorgung zu verändern.

Eine regenerative und effiziente Zukunft gibt es nur in dezentralen Strukturen, wo verbrauchsnahe Strom produziert, eingespeist und die entstehende Wärme genutzt wird.

Ökonomie und Ökologie gehen dabei gut zusammen, wie die Bioenergiedörfer Mauenheim und Jühnde zeigen: Arbeitsplätze und Wertschöpfungspotentiale bleiben in den Regionen.

Verkehr

Der Anteil des Verkehrs an den CO₂-Emissionen liegt bei 18%. Tendenz ist steigend! Der CO₂-Ausstoß des Gesamtverkehrs in Deutschland hat 2005 als einziger Sektor gegenüber 1990 zugenommen, und zwar von 158 Mio. Tonnen auf 167 Mio. Tonnen (rund 6%). Angesichts der in Europa insgesamt um fast 25% gestiegenen CO₂-Emissionen des Verkehrs ist dies zwar ein vergleichsweise geringer Zuwachs, allerdings bedeutet dies, der Verkehr hat für die Reduktionsziele im Rahmen des Kyoto-Protokolls keinen Beitrag geleistet. Im Verkehrsbereich sind in Bezug auf die Klimaziele praktisch 15 Jahre verloren gegangen. Deshalb müssen die Anstrengungen zur CO₂-Reduzierung im Verkehrsbereich massiv verstärkt werden.

Wir müssen einen Rahmen setzen und Strukturen schaffen, die zu einer tatsächlichen Reduzierung der Emissionen führen. Im Verkehrssektor herrscht die größte Abhängigkeit vom Erdöl (rund 95%). Die CO₂-Emissionen sind seit 1990 im Gegensatz zu allen anderen Sektoren gestiegen und nicht gesunken. So können wir es uns z.B. nicht mehr leisten, als einziges Industrieland weltweit auf ein Tempolimit auf Autobahnen zu verzichten, obwohl es sofort mehr bringen würde als alle CO₂-Maßnahmen im Verkehr, die die Bundesregierung derzeit verfolgt. Und wir müssen die Zukunft der Mobilität jetzt in Angriff nehmen.

Für die umweltfreundliche Bahn wollen wir mehr Chancengleichheit (z.B. durch Abbau der Subventionen für den Luftverkehr), eine Investitionsoffensive und mehr Wettbewerb, um die Schiene zu stärken. Für die Durchsetzung wesentlich sparsamerer Autos, die technisch längst machbar sind, muss es klare Grenzwerte für die Industrie und Verbraucheranreize für den Kauf von Spritsparern geben. Wir wollen Innovationen wie den Übergang zu Elektrofahrzeugen (Hybrid und Plug-In) konsequent fördern und streben an, dass bis 2020 eine Million dieser Fahrzeuge auf deutschen Straßen unterwegs sind.

Deutschland das Land der Verkehrstechnologien, insbesondere im Automobilbau, hat die Chance, aber auch die Pflicht, wesentlich sparsamere Fahrzeuge zu entwickeln. Es reicht dazu auf mittlere Sicht nicht aus, nur die vorhandenen Potenziale des Verbrennungsmotors auszuschöpfen. Mit der Hybridtechnik, bei der Energie durch den Bremsvorgang zurück gewonnen wird, deutet sich die Revolution in der Antriebstechnik der kommenden Jahre an:

Der vergleichsweise energetisch ineffiziente Verbrennungsmotor wird von Elektromotoren und einer wesentlich verbesserten Batterietechnik zur Speicherung von Strom sukzessive abgelöst werden. Allerdings birgt auch der Verbrennungsmotor noch erhebliche Effizienzpotenziale.

Unsere Grundannahmen: Zwar könnten aus der Fortschreibung des Status Quo im motorisierten Individualverkehr leicht sinkende CO₂-Emissionen bis 2020 geschlossen werden. Jedoch werden die Effekte verbrauchsärmerer Neufahrzeuge durch ein insgesamt noch weiteres Anwachsen der Autoflotte und den

Trend zum größeren Fahrzeug nahezu aufgezehrt. Der Anteil des Autoverkehrs an der Verkehrsleistung wird als eher konstant angesehen. Eine weiterhin dynamische Entwicklung wird hingegen im Luftverkehr prognostiziert, während der übrige öffentliche Verkehr weitgehend stagniert. Den Rad- und den Fußverkehr haben die offiziellen Prognosen zumeist ausgeklammert. Dabei liegt gerade hier ein großes Potenzial für den Klimaschutz. Das größte Potenzial zur Energieeinsparung liegt daher in einer höheren Effizienz des Verkehrs, sowohl in Bezug auf den spezifischen Verbrauch der Verkehrsmittel als auch in Bezug auf ihren möglichst effizienten Einsatz. Mit einem Bündel von Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung sowie Effizienzsteigerung, die wir in *Energie 2.0* vorschlagen, werden im Verkehrsbereich mind. 35 Mio. t CO₂ eingespart und durch den Einsatz Erneuerbarer Energien mind. 15 Mio. Tonnen CO₂.

Die wichtigsten Maßnahmen im Verkehrsbereich:

- **Verkehrsvermeidung** -und **Verlagerung**: Förderung von ÖPNV, Fuß- und Radverkehr sowie nachhaltigen Logistikkonzepten im gewerblichen Bereich Einsparen von motorisierten Fahrten, vor allem im Nahverkehr; Verdopplung der Nutzung des Umweltverbunds aus Fußverkehr, Radverkehr und öffentlichem Verkehr (inkl. Car Sharing)
- **Effizienzsteigerung**: CO₂-Grenzwerte von 120g/km ab 2012, Umwandlung der Kfz-Steuer in eine CO₂-Steuer, Ausweitung der LKW-Maut, Tempolimit
- Vorfahrt für **klimate neutrale Antriebe** bei Autos, Bussen und Zweirädern, eine Million

Elektrofahrzeuge bis 2020 (inkl. Plug-In-Hybride); effizientere und sauberere Antriebe bei Flugzeugen, Schiffen und Schienenfahrzeugen; nachhaltigkeitsgeprüfte **Biotreibstoffe**; Wettbewerbsvorteile für klimaschädlichen Verkehr abschaffen

Unsere Vision ist der Übergang von einer vom Öl abhängigen Mobilität zu einer Mobilität auf der Basis erneuerbarer Energien. Bis 2020 halten wir durch den Maßnahmen-Mix eine Senkung der CO₂-Emissionen um rund **50 – 60 Millionen Tonnen** im Verkehrsbereich für möglich. Dies entspräche einem Rückgang der CO₂-Emissionen im Verkehr von rund 30% trotz insbesondere im Güterverkehr und im Luftverkehr noch wachsender Emissionen. Aufgrund der Verkehrszuwachsraten seit 1990 kann im Verkehrssektor das minus 40%-Ziel nicht bis 2020 erreicht werden.

Alle angesprochenen Maßnahmen sind in *Energie 2.0* detailliert beschrieben. Wir empfehlen das Papier allen, die sich seriös mit Klimapolitik auseinandersetzen wollen. Wir sind auch gerne bereit in Orts- und Kreisverbänden oder in Veranstaltungen unser neues Konzept vorzustellen.

Zum DOWNLOAD (pdf):

[Energie 2.0](#) - Die grünen Maßnahmen bis 2020

Fritz Kuhn

Grüne Marktwirtschaft

Es zeichnet sich mehr als deutlich ab: die große Koalition ist zu einer klaren Politik nicht mehr in der Lage.

Weil beide Volksparteien mehr um bessere Umfragewerte als um eine erfolgreiche Zusammenarbeit bemüht sind, werden alle drängenden politischen Aufgaben entweder aufgeschoben (Energieversorgung, Klimaschutz, Bahnprivatisierung) oder in faulen Kompromissen abgehandelt (Gesundheit, Pflege, Mindestlohn). Schwarz-Rot hat keine Richtung und keine gemeinsamen Ziele mehr. Schon gar nicht suchen Union und SPD

Antworten auf die gewaltigen Herausforderungen, vor die uns der Klimawandel, die Veränderungen in der Arbeitsgesellschaft und die Folgen der Globalisierung stellen.

Wir Grünen haben es uns zur Aufgabe gemacht, aus der Opposition heraus neue Konzepte auszuarbeiten und mit konstruktiven Vorschlägen zu überzeugen. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist die „Grüne Marktwirtschaft“. Erstmals werden wir unsere grünen wirtschaftspolitischen Positionen in einem Grundsatzpapier zusammenfassen. Damit grenzen wir uns bewusst von FDP und Linkspartei ab. Weder die Ideologie eines entfesselten Marktes noch die eines sozialistischen Staates bieten eine überzeugende Perspektive für eine solidarische Gesellschaft selbstbestimmter Individuen. Wir Grünen werben selbstbewusst für einen differenzierteren Blick auf die Gegenwart.

Klar ist:

Die alte soziale Marktwirtschaft, das wirtschafts- und sozialpo-

litische Gerüst der alten Bundesrepublik, muss erneuert werden, damit wir den Sozialstaat erhalten und den Anforderungen des 21. Jahrhunderts erfolgreich begegnen können. Wir müssen unsere Wirtschafts- und Lebensweise konsequent an ökologischen Standards ausrichten. Umfassendes ökologisches Handeln ist die Voraussetzung für jede weitere Wohlstandsentwicklung.

Dem Staat fällt die Aufgabe zu, dem Markt einen ökologischen Rahmen zu geben und ökologische Regeln durchzusetzen. Wir brauchen eine Marktordnung, die fairen Wettbewerb um die besten ökologischen Lösungen schafft. Marktwirtschaftliche und ordnungspolitische Instrumente müssen ausgebaut werden: klare Grenzwerte, etwa beim CO₂-Ausstoß unserer Fahrzeuge oder beim Stromverbrauch von Elektrogeräten (Top-Runner-Modell), der Emissionshandel, die Belastung des Umweltverbrauchs durch die Ökosteuer und der Abbau ökologisch schädlicher Subventionen, z.B. die Besteuerung von Kerosin. Entscheidend für die ökologische Modernisierung ist, dass die Energiepreise die ökologische Wahrheit sagen. Nur dann wird die nötige Energiewende hin zu Energieeffizienz und zu erneuerbaren Energien rasch gelingen.



Fraktionsvorsitzender

Die Bundestagsfraktion hat hierzu im Juni ein Energiekonzept beschlossen, das zeigt, wie wir die nötige CO₂-Reduktion um 40 Prozent bis 2020 erreichen können und dabei von Atom- und Kohlekraft wegkommen (mehr unter www.gruene-bundestag.de). Vertiefen werden wir unsere Vorschläge zur ökologischen Modernisierung mit Konzepten zum Auto-, Güter- und Luftverkehr. Die Bundestagsfraktion wird erstmals auf der IAA im September mit einem eigenen Stand vertreten sein und dort das neue Green Car Concept präsentieren.

Zu einer umfassenden wirtschaftspolitischen Strategie gehört es, den sozialen Rahmen unserer Marktwirtschaft neu zu fassen. Grüne Marktwirtschaft hat das Ziel, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit auszubauen. Alle Mitglieder der Gesellschaft müssen gleiche Teilhabe- und Zugangschancen, vor allem zur Erwerbsarbeit, aber auch zu Bildung und Weiterbildung besitzen. Für Menschen in sozialer Notlage muss eine verlässliche soziale Grundsicherung bestehen. Erwerbstätigkeit ist in unserer Gesellschaft eine wichtige Bedingung sozialer Integration und Selbstverwirklichung. Daher bleibt der Abbau der Arbeitslosigkeit eine zentrale politische und gesellschaftliche Aufgabe. Um die Schwelle für mehr Beschäftigung zu senken, wollen wir mit dem Progressivmodell eine gezielte Senkung der Lohnnebenkosten für niedrige Einkommen erreichen. Das schafft Arbeit für Menschen mit geringeren Qualifikationen, die besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Wir setzen uns für angemessene Mindestlöhne ein.

Die sozialen Sicherungssysteme sollen künftig weniger entlang des Faktors Arbeit und stärker über Steuern organisiert werden. Grüne Marktwirtschaft steht für eine soziale Infrastruktur, die Ausgrenzung und Armut nicht hinnehmen wird.

Die entscheidende gesellschaftliche Herausforderung besteht darin, dass uns eine zielbewusste Transformation in eine Wissensgesellschaft gelingt. Von der Qualität unseres Bildungssystems hängt immer mehr unsere künftige Wirtschaftskraft ab. Nur wenn wir es schaffen, in der Breite hohe Qualifikationen und Kreativität zu fördern, bleiben wir ein Land der Innovationen. Entscheidend ist, dass wir keinen zurücklassen. Darum sind ein hochwertiges Kinderbetreuungssystem und exzellente Schulen Voraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Grüne Marktwirtschaft setzt auf mündige und engagierte Bürgerinnen und Bürger und auf selbstbestimmte UnternehmerInnen, die sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst sind.

Wir brauchen eine neue Balance zwischen Gesellschaft, Staat und Markt. Die grüne Marktwirtschaft steht für einen verlässlichen und handlungsfähigen Staat, der für gute Bedingungen – fairen Wettbewerb, Verbraucherschutz, Bereitstellung öffentlicher Güter – sorgt und seiner Verantwortung für gesellschaftlichen Ausgleich gerecht wird.

Das Papier „Grüne Marktwirtschaft“ wird derzeit in der Fraktion beraten und kann nach dem Fraktionsbeschluss Anfang Juli auf unserer Fraktionshomepage heruntergeladen werden. Es wird dann weiter in der Partei diskutiert und auf der BDK im November in einem wirtschaftspolitischen Beschluss münden.

Gerhard Schick

Modulares Grundeinkommen – Chance für den deutschen Sozial- staat und für Bündnis 90/Die Grünen

Die Befürworter des bedingungslosen Grundeinkommens argumentieren so, als ob man den Sozialstaat mal eben wegen Renovierung schließen könnte. Alle müssten ausziehen und die HandwerkerInnen könnten dann die Generalsanierung in Angriff nehmen. Diese Vorstellung ist so naiv wie unrealistisch. Der deutsche Sozialstaat ist nicht so schlecht, als dass wir durch einen totalen Umbau seinen vollständigen Untergang riskieren dürfen. Dennoch brauchen wir an zentralen Stellen ehrgeizige Reformen. Die Sozialpolitik in Deutschland ist insgesamt weder gerecht noch langfristig erfolgreich. Bündnis 90/Die Grünen müssen den Anspruch haben, Vorschläge für einen wirksamen Umbau zu präsentieren – Vorschläge, die ebenso umfassend wie realistisch sind und die vermeiden, dass die Menschen in der Zwischenzeit ihre Koffer packen müssen. Deshalb plädiere ich für das glaubwürdige und schrittweise umsetzbare Konzept eines modularen Grundeinkommens. Es macht deutlich, wie wir soziale Gerechtigkeit verwirklichen wollen.

Chance zur Grünen Offensive

Das modulare Grundeinkommen sieht für die einzelnen Lebensphasen - Kindheit, Ausbildung, Erwerbstätigkeit und Alter - Transfers in unterschiedlicher Höhe vor.

Denn unsozial ist, wenn der Sozialstaat alle gleich behandelt. Menschen mit Behinderungen haben andere Bedürfnisse als prekär beschäftigte AkademikerInnen. Deswegen sind je nach Lebenslage unterschiedliche staatliche Zuwendungen notwendig.

Für uns Grüne ist ein modulares Grundeinkommen eine strategische Chance

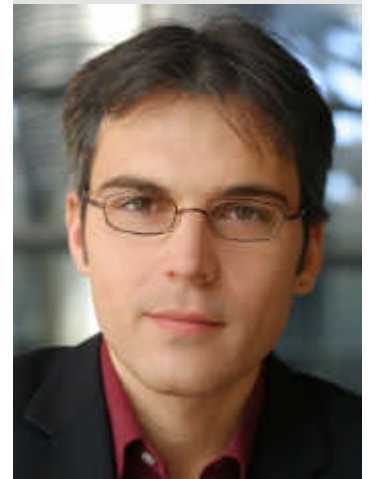
- zur Weiterentwicklung des deutschen Sozialstaats und darauf aufbauend des europäischen Sozialmodells;
- zur Bündelung unserer sozialpolitischen Reformvorstellungen. So können wir eine zentrale Rolle in der Debatte über einen zukunftsfähigen Sozialstaat einnehmen.

Der Vorschlag reagiert auf zentrale Missstände unseres Sozialstaats: Altersarmut, überbordende Bürokratie, Kinderarmut und Bildungserfolge, die von der sozialen Herkunft abhängig sind. Unstete Erwerbsbiographien und Löhne, die keine Existenz zu sichern vermögen, verlangen bessere Lösungen als bisher.

Fünf Module als Chance für den Sozialstaat

Die Module des Grundeinkommens sind unabhängig voneinander einführbar.

Perspektivisch entsteht ein bedingungsloses



Mitglied
Finanzausschuss

abgabefreies Grundeinkommen für alle – abgestimmt auf die jeweiligen Lebenslagen. Denn ein Grundeinkommen kann, wenn es irgendwie finanzierbar sein soll, nicht für jeden Menschen in jeder einzelnen Lebenslage gleich hoch sein. Ich plädiere deswegen für ein Grundeinkommen *und* eine bedarfsorientierte Grundsicherung. Nur so ist die zielgenaue Bedürfnisdeckung individuell verschiedener Situationen möglich.

- **Alter** Ein steuerfinanzierter Grundsockel bietet die Basis für alle anderen Rentenzahlungen. Dann lohnt sich auch private Vorsorge für Geringverdiener.
- **Erwerbsphase** Das Grundeinkommen bezahlt das Finanzamt in Form einer negativen Einkommensteuer. Die Beiträge zur sozialen Sicherung werden erst ab einem bestimmten Freibetrag erhoben. Durch die Verrechnung mit der Einkommensteuer erhalten gut verdienende Menschen kein Grundeinkommen. Damit Arbeitgeber das Grundeinkommen nicht zur Senkung der Gehälter verwenden, halte ich die Einführung eines branchen- und regionalspezifischen Mindestlohnes für nötig.
- **Kinder** Damit Familien aus der Armut rauskommen, erhalten die Eltern ein existenzsicherndes Grundeinkommen für ihre Kinder.
- **Ausbildung** Jugendliche erhalten neben einer aktiven Unterstützung beim Übergang in den Arbeitsmarkt und ihre reguläre Bezahlung ein Grundeinkommen.
- **Studium** Anders als Azubis sollen Studierende neben der Uni nicht arbeiten müssen. Deswegen muss ihr Grundeinkommen anders ausgestaltet sein.

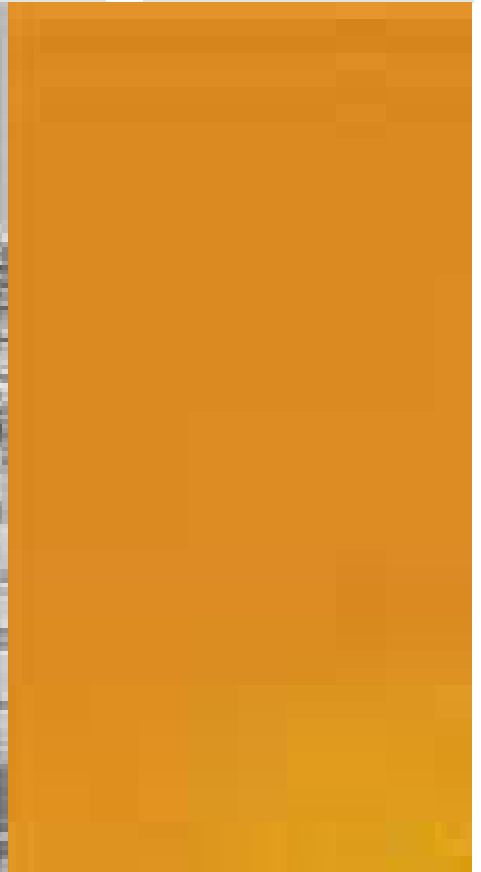
Vorschläge zur Finanzierung liegen auf dem Tisch: Abschmelzung Ehegattensplitting, Wegfall von BAföG und Kindergeld, Einsparungen beim ALG II, et cetera.

Weitere Finanzierungspotentiale stecken in der Weiterentwicklung der Ökosteuern, der Einführung einer Lohnsummensteuer und der Anhebung der Beitragsbemessungsgrundlage.

Sozialbürokratie zurechtstutzen

Jeder weiß, dass die Sozialbürokratie stellenweise absurde Blüten treibt: Unsinnige Festlegungen von Bedarfsgemeinschaften und zweifelhafter Bewerbungsaktionismus sind nur zwei Beispiele. Hier kann ein bedingungslos ausgezahltes Grundeinkommen die Reformrichtung weisen und hunderttausendfache Bedarfsprüfung überflüssig machen. Durch die negative Einkommensteuer bleibt ein Anreizeffekt zur Arbeitsaufnahme erhalten – anders als bei Grundeinkommenskonzepten wie beispielsweise dem von Götz Werner.

Wir Grünen wollen den Sozialstaat reformieren – und nicht abschaffen, wie es das Ergebnis vieler Vorschläge zum Grundeinkommen wäre. Mit dem nach Lebenslagen angepassten Grundeinkommen können wir gesellschaftliche Teilhabe, Bürokratieabbau und faire Anreizmechanismen miteinander verbinden. Deswegen steht das modulare Grundeinkommen für einen grünen Aufbruch in der Sozialpolitik.



Kerstin Andreae

Mitglied Wirtschaftsausschuss
 Platz der Republik 1, Berlin
 Mitarbeit: Rita Maria Lienesch
 (Büroleitung), Claudio Struck
 (Kommunalpolitik), Holger Weber
 (Finanz- und Steuerpolitik)
 Tel. 030/227-71480, Fax -76481
 kerstin.andreae@bundestag.de
 www.kerstin-andreae.de
 WK: Per Klabundt, Johannes Wald-
 schütz
 Haslacher Str. 61, Freiburg,
 Tel. 0761/88867-13, Fax -14

Biggi Bender

Mitglied Ausschuss für Gesundheit
 und Soziales
 Platz der Republik 1, Berlin
 Mitarbeit: Annette Rausch, Fabian En-
 gelmann (wissenschaftliche Mitarbei-
 ter), Astrid Spiegel (Büroleitung),
 Tel. 030/227-71667, Fax -76667
 birgitt.bender@bundestag.de
 www.biggi-bender.de,
 WK: Sandra Weber
 Hermannstr. 5a, Stuttgart,
 Tel. 0711/26346177, Fax 6151725



Alexander Bonde

Mitglied Haushalts- und
 Verteidigungsausschuss
 Platz der Republik 1, Berlin
 Mitarbeit: Jutta Albrecht (Haushalt),
 Thorsten Arzbach (Verteidigung),
 Ulrike Paschedag (Büro)
 Tel. 030/227-71691, Fax. -76991
 alexander.bonde@bundestag.de
 www.alexander-bonde.de
 WK: Marco Dieterle, Martin Kranz,
 Karl-Friedrich -Str. 40,
 Emmendingen,
 Tel. 07641/954545, Fax. 954546



Uschi Eid

Mitglied Auswärtigen Ausschuss
Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Britta Müller (Auswärtige
Kulturpolitik), Nina Odenwälder
(Afrika, Wasserpolitik), Manuel
Hublitz (Sachbearbeitung)
Tel. 030/227-71575, Fax -76233
uschi.eid@bundestag.de
www.uschi-eid.de
WK: Astrid Linnemann
Plochinger Str. 8,



Fritz Kuhn

Fraktionsvorsitzender
Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Marcus Becher (Büroleitung), Boris
Dehler, Marianne Tritz, Astrid Evert, Michael
Münter (wissenschaftliche Mitarbeit), Caroline
Junge, Maja Nikolovska (Büro)
Tel. 030/227-71897, Fax -76896
fritz.kuhn@bundestag.de
www.fritz-kuhn.de
WK: Irene Gebauer
Rohrbacherstr. 39, Heidelberg,



Winfried Hermann

Mitglied Sport- und Verkehrsaus-
schuss
Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Sabine Krüger (Umwelt &
Verkehr), Michael Baumbach (Sport),
Angela Kohls (Bahn & Verkehrspoli-
tik)
Tel. 030/227-71949, Fax -76399
winfried.hermann@bundestag.de
www.winfriedhermann.de
WK: Jenny van Heeswijk, Chris
Kühn, Rümelinstr. 8, Tübingen,
Tel. 07071/252757, Fax. -252757



Sylvia Kotting-Uhl

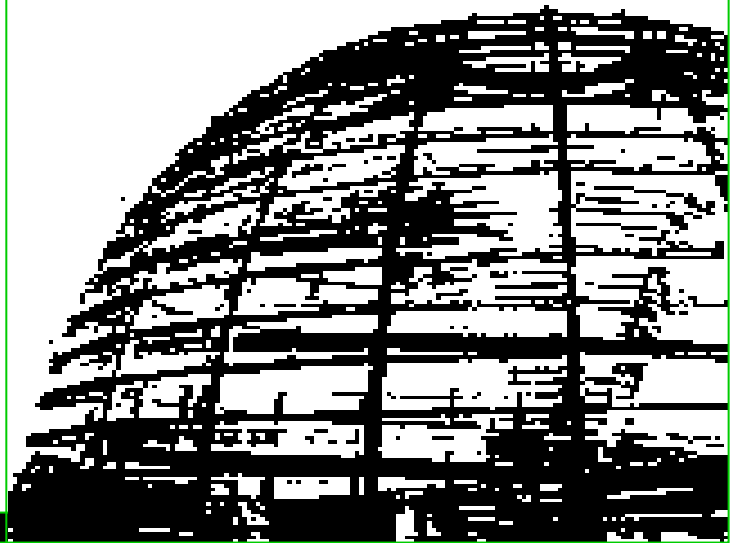
Mitglied Ausschuss für Umwelt, Na-
turschutz und Reaktorsicherheit,
Mitglied Verkehrsausschuss
Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Jörg Kaschubowski,
Michael Weltzin
Tel. 030/227-74742, Fax -76742
sylvia.kotting-uhl@bundestag.de
www.kotting.uhl.de
WK 1: Inge Behner, Hauptstr. 41,
Neckargemünd
WK 2: Ulrike Maier, Sophienstr. 58,
Karlsruhe



Gerhard Schick

Mitglied Finanzausschuss
Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Philipp Bohle, Claudia
Tober (wissenschaftliche Mitarbeit)
Kirsten Schiller (Büroleitung)
Tel. 030/227-74535, Fax -76656
gerhard.schick@bundestag.de
www.gerhardschick.net
WK: Thomas Hornung, Damian
Wiench
Waldhofstr. 4, Mannheim
Tel. 06214017252 Fax. -8469

MEHR
UNTER
WWW.GRUENE-
FRAKTION.DE



Ein Draht nach Berlin: SÜDWEST GRÜN

SÜDWEST GRÜN wird als pdf-Datei versandt und kann mit Acrobat Reader geöffnet werden.

Diesen elektronischen Rundbrief dürft ihr gerne an andere Interessierte, Freundinnen und Freunde weiterleiten.

Wer **SÜDWEST GRÜN** regelmäßig beziehen will und noch nicht im Verteiler ist, kann sich durch eine Mail an: alexander.bonde@bundestag.de aufnehmen lassen.

Ein einfaches „In den Verteiler **SÜDWEST GRÜN**“ im Betreff reicht aus. Abbestellen könnt ihr auf dem gleichen Weg.

Alle Ausgaben von **SÜDWEST GRÜN** und weitere Informationen über die Landesgruppe Baden-Württemberg von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag sind auch im Internet zu bekommen unter: www.suedwestgruen.de oder www.landesgruppe-bawue.de.

Aufgrund der großen Distanz zwischen Baden-Württemberg und Berlin können wir selbst nicht so oft in den Wahlkreisen unterwegs sein, wie wir es gerne möchten.

Ihr seid unser wichtigstes Bindeglied nach Hause.

Für uns ist es wichtig zu wissen, was euch konkret „auf den Nägeln brennt“.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros sind vor Ort für euch und eure Anliegen da und stehen in ständigem engen Kontakt mit uns Abgeordneten in Berlin.

Eure Ideen, euer Engagement sind ein wichtiger Beitrag zu unserer parlamentarischen Arbeit.



Bundestagsfraktion

Rundbrief der baden-württembergischen
Grünen im Bundestag

V. i. S. d. P.

Alexander Bonde, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktion: Ulrike Paschedag

Telefon: 030/227-71691

Fax: 030/227 76991

E-Mail: alexander.bonde@bundestag.de

<http://www.alexander-bonde.de>